

Finanzpolitik

# Für nachhaltige Bundesfinanzen – im 2017 und in Zukunft

FDP. Die Liberalen setzt sich für eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik ein. In der Winter-session hat das Parlament das Budget für das Jahr 2017 verabschiedet, welches die Vorgaben der Schuldenbremse respektiert. Mit dem Stabilisierungsprogramm 2017–2019 gehen wir zudem den richtigen Weg und bremsen das Ausgabenwachstum weiter. Die finanzielle Lage bleibt in den kommenden Jahren dennoch angespannt. Eine Aufweichung der Schuldenbremse lehnt die FDP deshalb entschieden ab.

## Albert Vitali, Nationalrat LU

Gemäss Hochrechnung wird der Bundeshaushalt für das Jahr 2016 einen Überschuss von rund 2,2 Milliarden Franken aufweisen. Doch wir dürfen uns von diesem Ergebnis nicht blenden lassen: Der Überschuss ist durch die Negativzinsen verzerrt. Ohne diese ergibt sich lediglich ein ausgeglichener Haushalt. Strukturelle Defizite von bis zu 2 Milliarden Franken ab 2018 und eine anhaltende Konjunkturschwäche werden den Bundeshaushalt weiterhin belasten. Zudem stehen wichtige Reformen und Projekte wie die Unternehmenssteuerreform III, der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds und die Reform der Altersvorsorge an. In dieser Ausgangslage hat sich die FDP mit einem verantwortungsbewussten Budget für das Jahr 2017 durchgesetzt.

## Mit einem Schuldenbremsen-konformen Budget ins 2017

Die oben beschriebene finanzpolitische Situation verlangt, dass alle Bereiche ihr Ausgabenwachstum bremsen. Dabei standen in der Budgetdebatte für dieses Jahr besonders die Ausgaben im Personal- sowie Betriebs- und Sachbereich der Bundesverwaltung im Zentrum, welche in den letzten Jahren weiterhin gewachsen sind. Während der Bundesrat ein Wachstum des Personalaufwandes von 2,9 Prozent verbuchen wollte, haben wir das Wachstum beim Personalaufwand um minus 50 Millionen, bei Beratung und externen Dienstleistungen um minus 60 Millionen und bei



Albert Vitali

der Informations- und Kommunikationstechnik um minus 17,5 Millionen auf total rund 130 Millionen Franken gebremst. Insgesamt hat das Parlament ein Budget verabschiedet, welches einen strukturellen Überschuss von 92 Millionen Franken aufweist und konform mit der Schuldenbremse ist.

## Schuldenbremse weiterhin respektieren

Den Überschuss von rund 2 Milliarden im Jahr 2016 verdanken wir hauptsächlich ausserordentlichen Steuereinnahmen aufgrund der aktuellen Negativzinslage. Ohne diese Einnahmequelle wären wir mit einer schwarzen

Null ins 2017 gestartet. Doch angesichts der defizitären Aussichten in den nächsten Jahren dürfen wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Die Grundlage für einen ausgewogenen Bundeshaushalt ist die Schuldenbremse: Dank ihr weist der Bundeshaushalt seit 2006 keine strukturellen Defizite mehr aus. Es ist ein finanzpolitisches Mittel zur Einhaltung eines Haushaltsgleichgewichts. Die Schuldenbremse ist aber nur so lange effektiv, wie sie als unantastbar gilt – die Überschüsse dürfen nicht in ein weiteres Ausgabenwachstum fliessen. Doch obwohl sich das Instrument bewährt hat, ist es vor Angriffen nicht gefeit.

So wollte zum Beispiel der Bundesrat für das kommende Jahr 400 Millionen Franken Mehrausgaben für die Migration als ausserordentliche Ausgaben verbuchen, welche nicht der Schuldenbremse unterliegen. Zudem wollte er prüfen, ob erzielte Überschüsse nicht nur für den Schuldenabbau, sondern auch für künftige Ausgaben verwendet werden können. Dies kommt für die FDP nicht infrage. Die Annahme der Motion «Keine Aufweichung der bewährten Schuldenbremse» setzt deshalb die richtigen Akzente.

## Für nachhaltige Finanzen – auch in Zukunft

Ab 2018 drohen mit dem Stabilisierungsprogramm strukturelle Defizite von bis zu 1,5 Milliarden Franken. Dies unter anderem aufgrund steigender Ausgaben im Asylbereich. So ist die Umsetzung des Stabilisierungsprogramms eine Grundvoraussetzung zur Einhaltung der Schuldenbremse. Problematisch dabei sind nicht die gesunkenen Einnahmen, sondern stetig steigende Ausgaben: Alleine in den Jahren 2005 bis 2020 werden voraussichtlich die Ausgaben um rund 25 Milliarden Franken steigen! Oft wird behauptet, das Stabilisierungsprogramm sei ein Spar- oder Abbauprogramm – das stimmt so nicht. Vielmehr soll es eine Verlangsamung des Ausgabenwachstums bewirken. Sowohl Ständerat wie auch Nationalrat haben sich bereits ein erstes Mal über die Vorlage gebeugt und die Weichen gestellt. In einer nächsten Phase ist wiederum der Nationalrat dran.